

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmuth G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 848 ppbn d

Inhalt

38. Jahrgang / 132

14. Juli 1983

Hans Urbaniak MdB, Stellvertretender AFA-Bundesvorsitzender, warnt vor den Denkanstößen des Haimo George. Seite 1

Wolfgang Clement, SPD-Vorstandssprecher, wirft ein Schlaglicht auf das Sommertheater der Unionsparteien in Bonn und München. Seite 3

Hermann Scheer MdB, Obmann der SPD-Bundestagsfraktion für Abrüstung und Rüstungskontrolle, kritisiert die Freigabe des Baus der Neutronenbombe. Seite 4

Erwin Horn MdB, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-Bundestagsfraktion, nennt den zweiten Abrüstungsbericht der Regierung enttäuschend. Seite 5

Friedrich Gerstl MdB berichtet über ein Gespräch mit dem neuen US-Kommandeur der Landstreitkräfte in Europa. Seite 6

George öffnet uns die Augen

Ein Lobbyist will uns in einen erbitterten Streit hineinhetzen

Von Hans Urbaniak MdB
Stellvertretender Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AFA)

Behutsam - ohne den früheren Cheforganisator des CDU-Wirtschaftsrates, Haimo George, frontal anzugreifen - versucht nun die Unionsbundestagsfraktion dessen "Denkanstöße" zu relativieren. Dies ist ein durchsichtiges Manöver, denn die Denkanstöße wurden auf dem Papier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gedruckt und entsprechend liegt auch die Verantwortlichkeit bei der Führung dieser Fraktion. Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang, daß sich die CDU/CSU keine härtere Gangart gegenüber Georges "Denkanstößen" zutraut: So gewichtig sind eben die Stimmen der Wirtschaftsstatthalter bei den Christdemokraten. Ohne sie läuft fast nichts, gegen sie läuft noch viel weniger. Der Fall George hat dies noch einmal mit aller Deutlichkeit vor Augen geführt.

Wer sich nur flüchtig Georges Ursachenforschung und seine Vorschläge zur Behebung der Arbeitslosigkeit anschaut, der merkt, daß damit unser Sozialstaat beseitigt wird. Hier freilich darf die Untersuchung dieser Vorstellungen nicht stehenbleiben. Georges Überlegungen auf Einschränkung der Tarifautonomie - in schöner Ausführlichkeit auf Seite elf seines Papiers dargelegt - führen die Bundesrepublik auf direktem Wege in britische Verhältnisse. Auf der Insel tobt ja seit Jahren ein erbitterter Streit um die staatlich durchgesetzte Fixierung der Gewerkschaften. Dort müssen sich die Gewerkschaften seit Jahren dagegen wehren, von der Regierung Thatcher enger und enger an die Kette gelegt zu werden, bis sie schließlich zu einem "Laufstall" für die Arbeitnehmer geworden sind - dem Diktat der Arbeitgeber ausgesetzt und fortwährend von der Knute des Staates bei Unbotmäßigkeit bedroht. George hat offenbar die britischen Verhältnisse genau studiert.



Ein zweiter Aspekt darf bei der Diskussion um Georges "Denkanstöße" nicht übersehen werden. George belegt auf seine Weise, daß sich Geschichte vielleicht doch wiederholt. Auch zu Beginn der dreißiger Jahre drückten die Arbeitgeber im damaligen Deutschen Reich zuerst über Jahre hinweg die Reallöhne, weil diese angeblich die Wirtschaftskrise verursacht haben. Erst als sie selber sahen, daß die endlose Lohn-drückerei so unbestreitbar sichtbare Spuren bei der Gesamtnachfrage hinterließ, machten sie eine neue Front auf: Diese hieß "Tariflohnunterschreitung" und sie forderte Fritz Tarnow im September 1932 im sozialdemokratischen "Vorwärts" zu dem Appell heraus: "Pflicht zum Widerstand! Gegen notverordneten Lohnabbau!"

Diese Phase der Auseinandersetzung zwischen den sozialen Gruppen scheint George herbeiführen zu wollen - und unsere Pflicht ist es, die Konsequenzen aufzuzeigen.

George droht den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften mit der Aufhebung des Tarifvertragsystems durch den Gesetzgeber. Und dabei weiß er genau, daß die Gewerkschaften in diesem Fall bis an die äußersten Grenzen ihrer Widerstandsmöglichkeiten gehen müssen, droht ihnen diese aufgezwungene Auseinandersetzung, und wollen sie nicht sehenden Auges zerschlagen werden. George muß wissen, daß er - werden seine "Ideen" auch nur ansatzweise in die Wirklichkeit umgesetzt -, den Rechtsstaat und den Parlamentarismus in der Bundesrepublik in die härteste Auseinandersetzung hineinführt, die er bislang zu bestehen hatte; der Streit um die Notstandsgesetze wird sowohl unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten wie auch politisch dagegen ein Kinderspiel sein. Wer wie der Abgeordnete George unsere Gesellschaft in diesen Streit hineinhetzen möchte, der muß sich auch abfragen lassen, ob er nicht im Hinterkopf ausgesprochen antiparlamentarisches Gedankengut hegt, vom formierten, vom korporativen Staat, oder von einer "akzentuierten Demokratie", um einige Stichworte der konservativ bis reaktionären Vordenker aufzugreifen. Es lebt auch Biedenkopfs "Verbändegesetz" wieder auf - ein Knüppel gegen die Gewerkschaften, vom Düsseldorfer Professor je nach Gusto gebraucht.

Georges "Denkanstöße" sind keine Entgleisung. Sie belegen, daß ihm, wie auch anderen in der Union, die ganze Richtung unserer Entwicklung in der Bundesrepublik nicht in den Kram paßt. Die Krise ist offenbar für sie der geeignete Zeitpunkt, "auszupacken". Niemand sollte künftig noch sagen, er habe nichts gehaut - der Lobbyist George hat uns die Augen geöffnet. (-/14.7.1983/ks/va)

+ + +



Sommertheater in Bonn - Kasperltheater in München**Der Prozeß der Ernüchterung setzt in Bonn bei der Union ein**

Von Wolfgang Clement
Sprecher des SPD-Vorstandes

Das Sommertheater dieser Bundesregierung ist jetzt manifest. In seinem Brief an den Kanzler hat der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Althammer moniert, was der Öffentlichkeit nun schon seit Wochen dargeboten wird: Es vergeht kein Tag, an dem nicht ein Bundesminister dem anderen widerspricht. Im Kabinett Kohl/Zimmermann/Genscher geht es mit Hauen und Stechen zu.

Die Widersprüche sind schon längst nicht mehr an einer Hand aufzuzählen. Die Konflikte sind teils parteitaktisch motiviert - wie die permanenten und keineswegs erfolglosen Versuche der CSU, die FDP auf Null zu bringen - teils von beträchtlichen politischen Ausmaßen: Der Bundesinnenminister ist dabei, diesem Staat die Liberalität auszutreiben. Der Fiskalist Stoltenberg und der Marktideologe Lambsdorff stellen den Bundesarbeitsminister in den Regen: Die schier hemmungslose Verquickung von Staatshaushalt und sozialen Sicherungssystemen hat Norbert Blüm an den Rand der Disqualifikation als Sozialpolitiker gebracht.

Das Bonner Sommertheater steht in hautengem Zusammenhang mit dem "Kasperltheater" (Kultusminister Maier), das die bayerische Staatsregierung in München gegenwärtig um den Milliarden-Kredit an die DDR aufführt. Maier ist der einzige der bayerischen Würdenträger, der gegen die würdelose Reaktion des Kabinetts Strauß auf die jedenfalls im Kern zutreffende Berichterstattung des "Münchner Merkur" aufbegehrt: Der Abgeordnete Handlos stand und steht ganz offensichtlich nicht allein in der CSU-Gefolgschaft, wenn er sich durch die Strauß'sche Doppelmoral in der Deutschlandpolitik hereingelegt fühlt.

Die Geschichte dieses deutschlandpolitischen Ausflugs des CSU-Chefs nimmt unterdessen mehr und mehr die Züge einer Burleske an: Zunächst erschien Strauß als einer, der mehr aus Pflicht denn aus Neigung den Realitäten der Deutschlandpolitik folgte; plötzlich stand er dann als derjenige vor der Tür, der den Milliardenkredit einzig und allein einfädelt; und nun hört man wieder, diesmal vom Staatsminister Heubl, der Kanzler aus Bonn habe doch den Anstoß zu diesem deutsch-deutschen Handel gegeben.

Noch peinlicher stellt sich das Drehen und Wenden von Bundesregierung und Bayernregierung um die Frage dar, was dieses verbürgte Kreditgeschäft eigentlich von früheren, als "Vorleistungspolitik" verteuflten Aktivitäten sozial-liberaler Bundesregierungen unterscheidet: Während in Bonn der Eindruck vermittelt wird, der Kredit sei gewissermaßen ein Geschäft sui generis, sucht die CSU aus purer Verlegenheit den Anschein zu erwecken, mit dem Geld seien bessere Verhältnisse an den deutsch-deutschen Grenzen erkaufte worden. Das kann nicht gut ausgehen. Strauß benimmt sich auf diesem Feld höchst-sensibler Beziehungen, von denen für die Menschen in beiden deutschen Staaten tagtäglich eine Menge abhängt, wie der sprichwörtliche, alles zertrampelnde Elefant.

Unter diesen Umständen drückt Althammers Ruf nach Kabinettsdisziplin indirekt aus, was - wie Meinungsumfragen zeigen - auch eine wachsende Zahl von Bürgerinnen und Bürgern empfindet: Daß der Kanzler zur politischen Führung der Regierungsgeschäfte berufen ist (von seinem eigenen Anspruch auf geistige Führung ganz zu schweigen), und daß er dieser Aufgabe nur sehr unzulänglich, wenn überhaupt, nachkommt. Für die Bundesregierung Kohl, Zimmermann, Genscher, so sieht es aus, hat der Prozeß der Ernüchterung nach dem Wahlsieg vom 6. März eingesetzt.

(-/14.7.1983/ks/va)

+ + +



Grünes Licht für die Neutronenbombe

Die nächste Rüstungsrunde ist jetzt programmiert

Von Hermann Scheer MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion

Mit der Entscheidung des amerikanischen Senats für die Entwicklung eines Neutronensprengkopfs ist der Startschuß für die Nach-Nachrüstung in Europa abgegeben worden. Daß dies ausgerechnet in den Monaten vor den geplanten Stationierung von Mittelstreckenraketen erfolgt, ist ein Zeichen dafür, wie wenig man selbst in Washington glaubt, erst die Stationierung werde den richtigen Verhandlungsdruck auf Moskau für Rüstungskontrollergebnisse in Bezug auf europäische Nuklearwaffen bewirken. Tatsächlich stellt man sich in Moskau bereits jetzt auf eine neue Rüstungsrunde mit Kurzstreckenraketen als Antwort auf die westliche Nachrüstung ein. Dies wäre dann die geeignetste Stunde für den seit Jahren bei vielen militärischen Planern der NATO schwelenden Vorsatz der Einführung der Neutronenwaffe in Westeuropa, was dann als Nach-Nachrüstung zur Verbesserung der westlichen Abschreckung gegen die künftigen sowjetischen Kurzstreckenraketen begründet würde. Nicht nur die Sowjetunion, auch die USA stellen sich offensichtlich auf dieses neue nukleare Wettrüsten in Europa ein.

Daß dabei die Verbündeten - insbesondere die Bundesrepublik Deutschland - nicht einmal offiziell gefragt werden, ob sie einer Neutronenwaffenstationierung zustimmen würden, liegt ganz auf der neuen Bonner Linie. Widerspruch aus Bonn gegen sicherheitspolitische Entscheidungen aus Washington ist seit dem Oktober 1982 nicht mehr üblich. Überdies wissen die Amerikaner noch ganz genau, wie sehnlich sich in den vergangenen Jahren die CDU/CSU die Neutronenwaffe sogar gewünscht hat. Es würde deshalb nicht überraschen, wenn die Bundesregierung von der amerikanischen Entscheidungsvorbereitung gewußt hätte und vorab grünes Licht signalisiert hätte.

Auf jeden Fall ist die Bundesregierung aufgefordert, in Washington gegen die Vorbereitung der nächsten Runde des europäischen Atomrüstungswettlaufs Stellung zu nehmen. Das amerikanische Repräsentantenhaus, das die Senatsentscheidung noch billigen muß, ist aufgefordert, im Sinne seiner Freeze-Resolution gegen die Entwicklung der Neutronenwaffe zu stimmen.
(-/14.7.1983/ks/va)

+ + +



Enttäuschend und konzeptionslos

Zum zweiten Abrüstungsbericht der Bundesregierung

Von Erwin Horn MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-Bundestagsfraktion

Der von der Bundesregierung vorgelegte zweite Bericht zum "Stand der Bemühungen um Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie der Veränderungen im militärischen Kräfteverhältnis 1983" ist ein Dokument der Perspektivlosigkeit und Konzeptionslosigkeit ersten Ranges. Es werden nicht nur überwiegende Allgemeinplätze im Beamtendeutsch des Auswärtigen Amtes geboten, sondern auch verkürzte und unvollständige Ergebnisse der verschiedenen Verhandlungsebenen dargestellt.

Geradezu unglaublich ist, daß innerhalb des Berichtes sogar widersprüchliche Darstellungen gegeben werden, die politisch äußerst wichtig sind. So heißt es im Kapitel über die INF-Verhandlungen, daß die Sowjetunion nach Verkündung eines einseitigen Dislozierungsstops für den europäischen Teil der Sowjetunion vom 16. März 1982 "die Aufstellung von neuen SS 20 Raketen in Europa ... ohne Pause fortgesetzt" hat. Im Kapitel über die Darstellung des INF-Potentials dagegen heißt es, daß "im europäischen Teil der Sowjetunion .. seit Mitte 1982 in diesem Raum keine zusätzlichen Stellungen mehr in Bau festgestellt" wurden.

Weiterhin ist der Widerspruch festzustellen, daß den britischen und französischen Systemen ein "Ultima Ratio" - Charakter zugesprochen wird, den geplanten amerikanischen INF-Systemen jedoch nicht.

Mit dieser völlig unsinnigen Unterscheidung will man weiterhin verhindern, daß die britischen und französischen Systeme bei den INF-Verhandlungen in Genf angerechnet werden. Auf diese Art und Weise wird an dem Kurs festgehalten, nicht zu einem Verhandlungsergebnis in Genf zu kommen. Die Schuld dafür muß sich die Bundesregierung anrechnen lassen.

Auch für den Bereich der Truppenreduzierungsverhandlungen (MBFR) in Wien werden die alten Formeln wiederholt, obwohl vernünftige Kompromißformeln für einen erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen seit langer Zeit vorliegen.

Insgesamt bestätigt dieser Bericht nur die sozialdemokratische Einschätzung dieser Regierung, die lautet, daß ein Zurück in die 60er Jahre versucht wird; die Perspektiv- und Konzeptionslosigkeit Richtlinie christliberaler Politik ist und nirgendwo erkennbar wird, daß auf die drängenden Probleme der Friedenssicherung und Abrüstung vernünftige, kompromißbereite und zukunftsweisende Antworten gegeben werden.

(-/14.7.1983/ks/va)

+ + +



SPD-Verteidigungspolitiker bei US-Kommandeur

Zum Verhältnis US-Streitkräfte - Bevölkerung der Bundesrepublik

Von Friedrich Gerstl MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Am 8. Juli 1983 machte der Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika in Europa und der 7. US-Armee, General Glenn K. Otis, einen Antrittsbesuch auf der Hardthöhe in Bonn. Die SPD-Bundestagsabgeordneten Erwin Horn, Horst Jungmann, Karl-Heinz Klejdzinski sowie auch ich hatten Gelegenheit, mit dem General und seiner Begleitung ein einstündiges Gespräch zu führen. Dabei standen Fragen des Verhältnisses der US-Streitkräfte zu der Bevölkerung der Bundesrepublik im Vordergrund. Als Vorsitzender des Unterausschusses "Truppenübungsplätze und Lärmbelästigung durch militärische Flugplätze" sprach ich dabei die Probleme des Nachtschießens auf den Truppenübungsplätzen der US-Streitkräfte und die Übungstiefflüge der Amerikaner an. Weiter erwähnte ich auch noch die Beschäftigungspraxis von Zivilangestellten bei den amerikanischen Streitkräften in Deutschland.

General Otis sagte zu, diese Themen bei der nächsten Kommandeurstagung zu behandeln. Soweit die Ausbildungserfordernisse dies zulassen oder bestehende Vereinbarungen nicht beachtet werden, will der Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika in Europa für Verbesserungen eintreten. Er machte aber auch deutlich, daß die amerikanische Armee fast 50.000 Deutsche als Zivilmitarbeiter beschäftigt, während amerikanische Staatsbürger mit einem Arbeitsvertrag nur etwa die Hälfte der deutschen Zivilbeschäftigten ausmachen. Man müsse auch verstehen, daß insbesondere Angehörige von amerikanischen Soldaten der unteren Dienstgrade auf eine Beschäftigung angewiesen seien. Würden die in Deutschland stationierten Soldaten in den USA Dienst tun, wäre es selbstverständlich, daß auch ihre Angehörigen einer zivilen Beschäftigung nachgehen könnten.

Erwin Horn, Horst Jungmann und Karl-Heinz Klejdzinski sprachen die Auswirkungen auf das Klima der deutsch-amerikanischen Beziehungen durch die augenblickliche Wirtschaftspolitik Amerikas an. Daß protektionistische Maßnahmen auch in den militärischen Bereich hineinwirken, blieb unwidersprochen. Direkte Ansprechpartner wären aber für diese Themen amerikanische Politiker. General Otis versicherte, er werde selbstverständlich diese Aspekte bei seinen Gesprächen mit Vertretern der amerikanischen Regierung nicht unerwähnt lassen.

Das Treffen der Verteidigungspolitiker der SPD mit dem amerikanischen Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte in Europa fand in einer verständnisvollen, aufgeschlossenen und freundschaftlichen Atmosphäre statt, für das sich die deutschen Gesprächsteilnehmer sehr herzlich bedanken.

(-/1 .7.1983/ks/va)

+ + +

